

Türkei

Günter Seufert

Die letzten Jahre zeichnete sich ein gefährliches Gemisch ab aus Enttäuschung über die Brüsseler Entscheidung,¹ Verwirrung über den Kurs der EU gegenüber dem Land,² Schwinden der Hoffnung auf endgültige Mitgliedschaft,³ Erlahmung des Reformeifers der Regierung und einer Tendenz der Rückkehr zu autoritärer Politik, die ihren Ausdruck unter anderem in einer Reihe von Gesinnungsparagrafen im neuen Strafgesetzbuch findet.⁴ Es dauerte nicht lange, bis dieses Gemisch explodierte, handfeste Krisen zwischen der EU und der Türkei produzierte und dazu führte, dass – obwohl am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen begannen – das Thema EU in der Türkei heute keine Begeisterung mehr hervorruft.

Im Sommer 2005 wurde Orhan Pamuk, bekanntester Romancier des Landes, wegen „Beleidigung des Türkentums“ verklagt, einer der Gesinnungsparagrafen des neuen Strafgesetzbuchs. Die Hauptverhandlung wurde auf Mitte Dezember festgesetzt, und Proteste aus Europa und Forderungen, das Verfahren einzustellen, konnten dem Manne auf der Straße sechs Monate lang als Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten der Türkei präsentiert werden. Zwar wurde das Verfahren gegen Pamuk, der im Oktober 2005 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hatte, letztendlich im Dezember eingestellt, doch Hrant Dink, Herausgeber der einzigen armenischen Zeitung im Lande, fiel der selben Vorschrift zum Opfer und wurde in erster Instanz schuldig gesprochen.

Ins Rollen gebracht worden waren beide Verfahren von einer bis dahin unbekanntem „Rechtsanwaltsvereinigung“, deren Vorsitzender die Boykottierung des EU-Beitritts als sein Hauptziel präsentiert. Die Gruppe verfügt über gute Kontakte in Kreise des Militärs und hat nicht nur Schriftsteller und liberale Intellektuelle im Visier, sondern auch die christlichen Minderheiten. Sie bereitet eine landesweite Kampagne gegen das Ökumenische Patriarchat der orthodoxen Kirche in Istanbul vor und fordert die Ausweisung des Patriarchen. Die Advokaten sind Teil einer militante Anti-EU-Bewegung, in der ehemals maoistische Linksextremisten, hartgesottene Islamisten und türkische Nationalisten zusammengefunden haben und die mit antiimperialistischen Phrasen die „bedingungslose Unabhängigkeit der Republik Türkei“ verteidigt. Teile ihrer Rhetorik finden in großen Bereichen des politischen Spektrums Anklang: von der ‚sozialdemokratischen‘ Volkspartei der Republik (CHP) bis zur national-konservativen Partei des Rechten Weges (DYP),

-
- 1 Der Beschluss zur Aufnahme direkter Beitrittsverhandlungen wurde mit einer Fülle von Vorbehalten relativiert.
 - 2 Etwa nicht eingehaltene Versprechen der EU in der Zypernfrage und Versuche, neue Bedingungen für die Mitgliedschaft zu setzen wie die Anerkennung eines „Völkermords“ an den Armeniern.
 - 3 Auch die Zustimmung zum Beitritt in der Bevölkerung sank kräftig, von 73 auf 63%. Monatszeitung *Jungle World*, September 2005, S. 14.
 - 4 Günter Seufert: Türkei, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2005, S. 445-450.

vom ehemaligen Präsidenten der Türkischen Republik Nordzypern Rauf Denktas bis zum früheren Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, von der Rechtsanwaltskammer Istanbul bis zur Handelskammer Ankara.

Wenig Erfreuliches von der Europäischen Union

Für die Befürworter des Beitritts kam unterdessen aus Europa wenig. In den Tagen vor dem 3. Oktober 2005 musste das Land erleben, wie seine Verhandlungen mit der EU zum „Spielball der Interessen“⁵ europäischer Staaten wurden. Um seine einflussreiche Rolle im Balkan zu sichern, setzte sich Österreich vehement für Kroatien ein⁶ und nutzte die Drohung, die Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei zu torpedieren, als Hebelmechanismus. Bis kurz vor Torschluss bestand die Alpenrepublik darauf, dass im Verhandlungsrahmen „Privilegierte Partnerschaft“ explizit als mögliches Ergebnis der Beitrittsverhandlungen genannt werde. Die Türkei kündigte für diesen Fall den Abbruch der Gespräche an.⁷ Frankreichs Staatspräsident Chirac wechselte aus rein innenpolitischen Motiven die Fronten, wurde hinsichtlich der türkischen Mitgliedschaft vom Befürworter zum Skeptiker. Er verbrämte den Stellungswechsel als Protest gegen die türkische Weigerung, die griechische Republik Zypern diplomatisch anzuerkennen, eine jahrzehntelange Konstante türkischer Politik. Besonders am Beispiel Zyperns wurde den Türken klar gemacht, dass liberale Politik und Kompromissbereitschaft sich nicht ohne weiteres auszahlen. Im Februar 2006 nahm die EU endgültig von ihrer Zusage Abschied, die wirtschaftliche Ausgrenzung der Zyperntürken zu beenden⁸ und begrub ihre Pläne für direkten Handel mit – und für die Erlaubnis direkter Flüge in den türkischen Norden der Insel. Die EU lässt außerdem ihre Wirtschaftshilfe für den Norden vom griechischen Süden kontrollieren und hält damit an ihrer Perspektive vom Süden als politischem Alleinvertreter der Insel fest. Sie widerspricht der Logik des auch von Brüssel unterstützten Wiedervereinigungsplans der UN, welcher von zwei politischen Subjekten auf der Insel, den Griechen und den Türken, ausgegangen war. Nur gute Worte fand deshalb Ankaras Vorstoß vom Januar 2006, die eigenen Häfen und Flughäfen für die Zyperngriechen zu öffnen, wann immer Nikosia die Aufhebung des Embargos gegen den Norden erlaubt. Der Vorschlag traf auf Zustimmung in England und den USA,⁹ doch die EU-Troika und das Europaparlament forderten im März erneut die einseitige Öffnung der türkischen Häfen für die Zyprioten.

5 So der Titel der SWP-Aktuell 42 von Heinz Kramer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2005.

6 Die Verhandlungen mit Kroatien, die ebenfalls am 3. Oktober begannen, sollten verschoben werden, weil das Land nicht mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag kooperierte.

7 Der gefundene Kompromiss bleibt nur wenig hinter der österreichischen Forderung zurück: „The shared objective of the negotiations is accession. These negotiations are an open-ended process, the outcome of which cannot be guaranteed beforehand. ... if Turkey is not in a position to assume in full all the obligations of membership it must be ensured that Turkey is fully anchored in the European structures through the strongest possible bond.“ § 2 des Verhandlungsrahmens, zitiert nach *The Cyprus Weekly*, 07.10.2003.

8 Das Versprechen war nach der Annahme des Annan-Plans durch die türkischen Zyprioten gegeben worden, der am überwältigenden Nein der Zyperngriechen scheiterte.

9 Adam Erel, Sprecher des US-Außenministeriums erklärte Ende Februar, dass er keine rechtlichen Hindernisse für direkten Handel von US-Firmen mit der Türkischen Republik Nordzypern sehe, *Tageszeitung Radikal*, 01.03.2006. Großbritanniens Außenminister Straw warnte nach einem Besuch der Insel die Republik Zypern davor, mit ihrer Blockadepolitik den Status Quo zu zementieren, was früher oder später zur Anerkennung Nordzyperns führen könnte. *Radikal* 12.02.2006.

Die herrschende Stimmung in Europa kann der Türkei ebenfalls keine Hoffnung machen. Neueren Umfragen zufolge liegt die Ablehnung der türkischen Mitgliedschaft in Ländern wie Frankreich und Österreich bei 70%, und die Befürworter erreichen nirgends auch nur annähernd die Mehrheit.¹⁰ Selbst das Europaparlament, bislang Parteigänger der Erweiterung, schlägt jetzt zurückhaltendere Töne an, und in der Presse verschwimmen bei der Erweiterungsdiskussion die Unterschiede zwischen Ländern unterschiedlichen Status' wie der Türkei und den Staaten des Balkans.¹¹

Schwierige Beitrittsverhandlungen

Auch EU-offiziell entspricht das Verhältnis Ankaras mit Brüssel nicht dem anderer Staaten, welche früher in direkten Beitrittsverhandlungen mit der EU gestanden haben. Denn zum ersten Mal ist der Verhandlungsrahmen in einer Weise gestrickt, die den Beitritt des Kandidaten selbst bei Erfüllung aller Forderungen seinerseits erneut zu einer grundsätzlichen (finanz-¹² und struktur-¹³) politischen Entscheidung der Gemeinschaft macht, hinsichtlich der Mitgliedsrechte- und Ansprüche des Kandidaten auch zeitlich unbefristete Ausnahmeregelungen vorsieht¹⁴ gleichzeitig jedoch der EU das prinzipielle Recht zum Abbruch der Verhandlungen einräumt und ihr darüber hinaus über die Verhandlungsführung Instrumente zur direkten Beeinflussung der Politik des Kandidaten an die Hand gibt.¹⁵ Letzteres wird dadurch erreicht, dass die politischen Kriterien von Kopenhagen direkt in die Behandlung von – und in die Verhandlungen über konkrete Regelungen einfließen, was den Beitrittsverhandlungen ihren ansonsten eher (rechts-)technischen Charakter nimmt und sie zu explizit staatspolitischen Angelegenheiten macht.

Für die Türkei birgt eine solche Verknüpfung von allgemeinen politischen Kriterien mit konkreten rechtstechnischen Regelungen die Gefahr in sich, dass türkische Verhältnisse nicht nur am Acquis gemessen werden, sondern an allgemeinen, ideellen politischen Standards sowie an Regelungen einzelner europäischer Länder, die jedoch nicht für die EU-Wirklichkeit als Ganzes stehen.

Befürchtungen dahingehend wurden in der Türkei bereits anlässlich der dritten Fortschreibung des Beitrittspartnerschaftsdokuments vom 9. November 2005 geäußert. Im Paragraphen „Minderheitenrechte, Kulturelle Rechte und Schutz von Minderheiten“ ver-

10 Der Spiegel 26.12.2005.

11 Vgl. den Kommentar von Martin Winter in der Süddeutschen Zeitung vom 17.03.2006.

12 „The financial aspects of the accession of Turkey must be allowed for in the applicable Financial Framework. Hence as Turkey's accession could have substantial financial consequences, the negotiations can only be concluded after the establishment of the Financial Framework for the period from 2014 together with possible consequential financial reforms. Any arrangements should ensure that the financial burdens are fairly shared between all Member States.“ § 13 des Verhandlungsrahmens, a.a.O.

13 „In accordance with the conclusions of the Copenhagen European Council in 1993, the Union's capacity to absorb Turkey, while maintaining the momentum of European integration is an important consideration in the general interest of both the Union and Turkey.“ § 3 des Verhandlungsrahmens, a.a.O.

14 „Long transitional periods, derogations, specific arrangements or permanent safeguard measures, may be considered. The Commission will include these, as appropriate, in its proposals in areas such as freedom of movement of persons, structural politics of agriculture. Furthermore, the decision-taking process regarding the eventual establishment of freedom of persons should allow for a maximum role of individual Member States.“ § 12 des Verhandlungsrahmens, a.a.O.

15 „The advancement of the negotiations will be guided by Turkey's progress. This process will be measured in particular against the following requirements: the Copenhagen criteria, which set down the following requirements: the stability of institutions guaranteeing democracy, the rule of law, human rights and protection of minorities. § 6 des Verhandlungsrahmens, a.a.O.

langt das Dokument eine Minderheitenpolitik, die sich nicht nur an der Europäischen Menschenrechtskonvention orientiert, sondern auch am Rahmenabkommen des Europarates zum Schutze Nationaler Minderheiten und die sich darüber hinaus die „vorteilhaftesten Regelungen in den Mitgliedstaaten“ zum Ziel setzt.¹⁶ Diese Befürchtungen scheinen sich in diesen Tagen zu bestätigen. Unter Hinweis auf die allgemein gehaltenen politischen Kriterien von Kopenhagen und auf die genannten internationalen Vereinbarungen versucht die österreichische Präsidentschaft bei der Eröffnung des nach „Forschung und Technik“ zweiten Verhandlungskapitels „Bildung und Kultur“ konkrete Zugeständnisse der Türkei hinsichtlich Minderheitensprachen und Minderheitenreligionen zu erreichen.¹⁷ Türkischerseits wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass weder die genannte Rahmenkonvention noch die Europäische Charta zu regionalen und Minderheitensprachen von allen EU-Mitgliedern unterzeichnet bzw. ratifiziert worden sei und auch darauf, dass die Behandlung von Minderheiten in den einzelnen Mitgliedsländern äußerst unterschiedlich geregelt sei. In der Türkei fragt man sich deshalb, ob die Türkei sich an Großbritannien orientieren muss, wo nationale Minderheiten über ihre eigenen ‚Staaten‘ und Sprachen verfügen oder an Frankreich, das keine nationalen Minderheiten mit eigenen kulturellen Rechten kennt; an Spanien, dessen Regionen eigene Parlamente und eine eigene, zweite offizielle Sprachen haben, oder an Polen und den Baltischen Staaten, deren russische Minderheiten einem nicht zu unterschätzendem Druck zur Assimilation unterliegen?¹⁸ Der genannte Mechanismus erlaube, so die türkische Befürchtung, dass an den Kandidaten strengere Maßstäbe angelegt werden als an die Mitgliedsländer und drohe die Verhandlungen ad absurdum zu führen.

Großer Lichtblick: die Wirtschaft

So grau in grau das politische Verhältnis zur EU heute wieder ist, so sehr profitiert die türkische Wirtschaft vom neuen Status der Türkei in ihrem Verhältnis zu Europa. Jahrzehntlang hatten Überbürokratisierung und Kompetenzenwirrwarr, Korruption und Unvorhersehbarkeit staatlicher Eingriffe in den Markt dafür gesorgt, dass ausländischen Direktinvestitionen nur hin und wieder die Eine-Mrd.-US-Dollargrenze überstiegen. Die Maßnahmen des letzten Jahrzehnts zu mehr Transparenz und zur Begrenzung tagespolitischer Eingriffe in die Wirtschaft schraubten die Summe im Jahr 2004 auf 2,4 Mrd. US-Dollar hoch. Richtig belohnt wurden diese Bemühungen jedoch erst als die EU am 17. Dezember 2004 der Türkei den Kandidatenstatus zusprach und den Beginn der Verhandlungen auf den 3. Oktober 2005 festsetzte. Im August 2005 kletterten die Hochrechnungen für ausländische Direktinvestitionen auf 8,6 Mrd. US-Dollar für das betreffende Jahr, und das Washingtoner International Institute for Finance prognostiziert jährliche Direktinvestitionen von über zehn Mrd. US-Dollar ab 2006.

Auch beim Kampf gegen die hohe Staatsverschuldung macht sich das türkische Andocken an Europa bezahlt. Obwohl das Land beim Internationalen Währungsfond stärker in der Kreide steht als alle anderen Schuldner (fast 50% der aktuellen IWF-Kredite entfallen

16 Ensure cultural diversity and promote respect for and protections of minorities in accordance with the European Convention of Human Rights and the principles laid down in the Council of Europe's Framework Convention for the Protection of National Minorities and in line with best practice in Member States.“

17 Vgl. S. Ülgen/C. Buharlı, Siyasi kriter testi zorlar (Politische Kriterien erschweren den Test), Radikal, 23.03.2006.

18 Vgl. İsmet Berkan: best practice in Member States, Radikal, 11.11.2005.

auf Ankara), borgt die Türkei heute auf den internationalen Märkten billiger als viele andere Kunden des IWF. „Der Zinssatz spiegelt das wirtschaftliche und das politische Risiko der Anlagen in einem Land wider“, sagt Wirtschaftsminister Ali Babacan und weiter: „Dass wir jetzt niedriger Zinsen zahlen, zeigt, dass man uns als stabiler wahrnimmt, das liegt hauptsächlich am 17. Dezember.“¹⁹ Der Trend setzte sich mit der Eröffnung der Verhandlungen fort und erlaubt der Türkei erstmals einen Ausweg aus ihrer jahrzehntelangen Überschuldung. Im Jahr 2001 fraß der Schuldendienst die Steuereinnahmen noch zu 103%. 2005 war diese Rate auf unter 40% abgesunken, und im Jahre 2008 soll sie auf unter 25% fallen.

Eine ähnliche Sprache spricht die Stabilität der Neuen Türkischen Lira (YTL). Zum 1. Januar 2005 durch Streichung von sechs Nullen eingeführt, erwies sich die neue Lira bisher widerstandsfähiger als erwartet. Von 1997 bis 2001 hatte die durchschnittliche Inflationsrate bei 70% gelegen, mit Ausschlägen bis zu 90% in einzelnen Jahren. 2002 fiel sie auf 30, 2003 auf 20% und 2004 wurde die für die Türkei außergewöhnlich niedrige Rate von nur 8,9% erzielt. Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Oktober drückte die Preise für Devisen erneut und sicherte den positiven Trend. Im Fortschrittsbericht vom November 2005 bestätigt die Kommission der Türkei erstmals, dass sie über eine „funktionierende Marktwirtschaft“ verfügt.

Stolperstein der Zukunft: die Landwirtschaft

Ganz anders sind die Aussichten im Bereich Landwirtschaft. Tritt die Türkei der EU eines Tages bei, wächst deren Anbaufläche um 23%. Im Anbau von Aprikosen, Kirschen, Feigen und Quitten sind die türkischen Bauern weltweit Spitzenreiter. Bei Haselnüssen hält das Land gar einen Weltmarktanteil von 70% und ist der größte Exporteur. Jedoch der Rest ist eine lange Liste von Problemen: eine zu große aber wenig qualifizierte Zahl an Arbeitskräften, extreme Unterkapitalisierung und weit ausgedehnte Anbauflächen mit nur geringer Produktivität.²⁰

Beispiel für letzteres ist der Anbau von Weizen, der Hauptfrucht in Anatolien. Mit zwanzig Mio. Tonnen erwirtschaften die Bauern der Türkei zwar circa 15% dessen, was die EU der 25 produziert, doch erhalten sie dafür nur ein Drittel von dem, was der durchschnittliche EU-Bauer einnimmt. Ein Grund dafür ist neben der niedrigen Qualität des Bodens die geringe Größe der Betriebe. Statistisch ist ein Bauernhof in der EU fünfmal größer als ein Bauernhof in der Türkei, Hinweis auf geringe Mechanisierung und Unterkapitalisierung. Viele Hände verrichten die Arbeit weniger Maschinen, weshalb der Anteil der Landwirtschaft am BIP nur 11%, ihr Anteil an der Zahl aller Arbeitskräfte jedoch 35% beträgt.

Noch immer schützen hohe Einfuhrzölle die Landwirtschaft, die in vielen Branchen – z.B. beim Weizen und beim Zucker – vollkommen konkurrenzunfähig ist. Im Zuge der Reformen wurden die Subventionen seit 2000 um sechs Siebtel zurückgefahren, trotzdem betragen die staatlichen Hilfen noch immer 4% des BIP, dreimal mehr als in den Ländern der OECD.

¹⁹ Radikal, 06.05.2005.

²⁰ E. Çakmak/H. Akder: DTÖ ve AB'deki gelişmeler isiginda 21. yy'da Türkiye tarimi (Die türkische Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts im Lichte der Entwicklungen in der EU und der WHO), TÜSiAD, Istanbul 2005.

Fast vollständig abgeschafft sind mittlerweile Subventionen in Form von staatlich garantierten Mindestpreisen für eine Vielzahl von Produkten. An ihnen labten sich hauptsächlich die 20% Großbauern, deren Betriebe ohnehin rentabel sind.

Die alte Politik von Abschottung nach außen und ‚Einkauf‘ breiter Wählergruppen durch Subventionen nach dem Gießkannenprinzip stößt heute finanzielle an ihre Grenzen, und EU und WHO drängen auf Änderung, doch alle Lösungsvorschläge bringen neue Probleme mit sich. Unstrittig ist, dass die Bauernfamilien, deren Angehörige im Durchschnitt nur zwei Jahre zur Schule gingen, besser ausgebildet werden müssen. Doch Wettbewerbsfähigkeit und Rationalisierung erfordern auch größere Höfe und damit Konzentrationsprozesse, in deren Verlauf Mio. Besitz und damit Arbeit verlieren und in den Städten das Heer der Landflüchtigen vergrößern werden.

Niemand leugnet die Dringlichkeit der Aufgabe: „Ohne Umbau der Landwirtschaft gibt es für uns weder soziale Sicherheit, noch Wachstum, noch Stabilität“, sagt beispielsweise Ömer Sabanci, Präsident des Türkischen Verbandes der Unternehmer und Industriellen (TÜSiAD).²¹ Fraglich ist, wie die sozialen Folgen aufgefangen werden sollen. „Die nächsten 15 Jahre werden eine der schwersten Perioden unserer Geschichte“, sagt deshalb Eser Karakas, Direktor eines EU-Forschungszentrums in Istanbul.²² Ablehnung der Mitgliedschaft in der EU, für die heute eher ideologische und kulturelle Gründe vorgetragen werden, gewinnt dann eine breite wirtschaftliche und soziale Basis.

Weiterführende Literatur

- R. Carnevale et al.: Europa am Bosphorus (er-)finden? Die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in den britischen, deutschen, französischen und italienischen Zeitungen, Peter Lang, Frankfurt am Main 2005.
- O. Esen/S. Lanz (Hrsg.): Self service city Istanbul, Kulturstiftung des Bundes, Berlin 2005.
- European Stability Initiative: Islamic Calvinists: change and conservatism in Central Anatolia, Berlin/Istanbul 2005.
- J. Gottschlich/D. Zaptcioglu: Das Kreuz mit den Werten: über deutsche und türkische Leitkulturen, Körber-Stiftung, Hamburg 2005.
- Gülistan Gürbey: Außenpolitik in defekten Demokratien, Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993, Campus, Frankfurt am Main 2005.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Islam, Staat und moderne Gesellschaft in der Türkei und in Europa, Selbstverlag, Ankara 2005.
- Outre-Terre – Revue française de géopolitique: Turquie-Europe-Express 2014?, unter anderen mit Beiträgen von Heinz Kramer, Ahmet Insel, M.A. Birand, Étienne Copeaux, Günter Seufert, Emre Öztürk und Ümit Firat, Ramonville Saint Agne 2005.
- G. Seufert/C. Kubaseck: Die Türkei, Geschichte, Politik, Kultur, 2. aktualisierte Auflage, C.H. Beck, München 2006.

21 Radikal, 22.06.2005.

22 Radikal, 20.12.2004.